

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6182.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Beile 50 j. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Unser Verband am Schlusse des Jahres 1916.

Soweit die Ergebnisse der laufenden Erhebung über die Mitgliederbewegung in den Zahlstellen ein Urteil zulassen, dürfen wir sagen, daß unser Verband das Kriegsjahr 1916 sehr gut überstanden hat. Dabei messen wir die Entwicklung selbstverständlich nicht an der in guten Friedensjahren, sondern wir nehmen zum Maßstab die Erfahrungen im ersten Kriegsjahr.

Wir können deutlich drei Stufen der Verbandsentwicklung in der Kriegszeit abgrenzen. Die ersten Monate brachten uns einen starken Mitgliederzuwachs. Nicht nur infolge der Einziehungen zum Heeresdienst, sondern auch, weil die Austritte zahlreicher und die Zugänge seltener wurden.

Schon im ersten Halbjahr 1916 trat eine Besserung ein. Die Austritte wurden seltener, der Zugang mehrte sich. Im letzten Viertel des Jahres 1914 waren nur 1817 Mitglieder dem Verbande beigetreten, im ersten Vierteljahr 1915 waren es immerhin schon 2894. Ganz wurden jedoch die Abgänge durch die Aufnahmen noch nicht ausgeglichen, so daß immer noch ein Mitgliederabgang über die Zahl der Eingezogenen hinaus verblieb. Auch das zweite Halbjahr 1915 brachte noch nicht den vollen Ausgleich. Der tatsächliche Rückgang war jedoch gering.

In der ersten Hälfte des Jahres 1916 setzte ein merkbarer Aufschwung ein. Die Abgänge wurden — immer abgesehen von den zum Heeresdienst Eingezogenen — durch Neueintritte nicht nur ausgeglichen, sondern überholt. Die Besserung gegen 1915 ist erkennbar aus folgender Gegenüberstellung der Neuaufnahmen.

Es wurden neu aufgenommen:

	1915	1916
1. Vierteljahr	2894	2604
2. Vierteljahr	2949	3233
3. Vierteljahr	2327	3980
1.—3. Vierteljahr	8170	9817

Ueber das 4. Vierteljahr 1916 liegen abschließende Zahlen noch nicht vor. Wenn jedoch die vorliegenden Einzelberichte ein zutreffendes Bild geben, so werden wir mit annähernd 5000 Neuaufnahmen im 4. Vierteljahr rechnen können gegen noch nicht ganz 2000 im gleichen Abschnitt des Jahres 1915. Das ist eine Besserung, über die wir uns herzlich freuen dürfen. Ein sehr erfreuliches Fortschreiten zeigt auch folgende Zusammenstellung der Eintritte, wie sie sich nach den monatlichen Feststellungen ergibt.

Es traten ein:

	männliche	weibliche	zusammen
im Monat Mai	575	419	994
im Monat Juni	764	475	1239
im Monat Juli	724	392	1116
im Monat August	662	684	1346
im Monat September	777	754	1531
im Monat Oktober	565	890	1455
im Monat November	634	981	1615
im Monat Dezember	732	1003	1735
Mai bis Dezember	5433	5598	11031

Im ganzen Jahre 1915 wurden nur 10 041 Mitglieder neu aufgenommen, also rund 1000 weniger als in den berichtenden Zahlstellen in acht Monaten des Jahres 1916. Allerdings ist auch die Zahl der Abgänge noch immer bedauerlich hoch, aber sie bleibt doch hinter den Neuaufnahmen erheblich zurück. Würden nicht unsere Reihen durch die Einziehungen zum Heeresdienst immer wieder gelichtet, so hätten wir eine ganz erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Die Besserung ist nicht in allen Zahlstellen vorhanden. Das ist erklärlich. In Orten, in denen die Arbeitsgelegenheit ungünstig ist, die Mitglieder vielleicht abwandern müssen, kann sich der Verband nicht so entwickeln, wie da, wo reichliche und lohnende Arbeit vorhanden ist und Arbeiter von auswärts herangezogen werden. Daneben sprechen allerdings auch andre Gründe mit. Es wird z. B. ohne Frage nicht an allen Orten mit dem gleichen Eifer für den Verband gearbeitet. Auch das hat zum Teil Gründe, die sich nicht ohne weiteres beseitigen lassen. In manchen Orten sind fast alle tätigen Kräfte eingezogen, in andern sind sie, vielleicht weil sie zu alt oder aus andern Gründen nicht wehrpflichtig sind, zurückgeblieben. Wenn hier also Zahlstellen angeführt werden, die sich besonders gut gehalten oder entwickelt haben, so soll damit gegen die übrigen kein Vorwurf erhoben, sondern nur gezeigt werden, daß da, wo die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen gegeben sind, auch jetzt noch die Werbearbeit für den Verband erfolgreich zeitigt.

Im Monat Dezember haben z. B. neue Mitglieder aufgenommen: Breslau 55, darunter 46 weibliche; Leipzig 60, darunter 42 weibliche; Mannheim 70, darunter 33 weibliche; München 89, darunter 64 weibliche, und Köln 114, darunter 99 weibliche. Noch bessere Erfolge erzielte Oldenburg, wo 137 Mitglieder, darunter 130 weibliche, aufgenommen wurden. Diese Zahlstelle hatte bei Kriegsbeginn 50 Mitglieder; am Ende des Jahres 1916 hatte sie 319 und weitere 52 im Heeresdienst. Die glänzende Entwicklung dieser Zahlstelle verdient noch deswegen besondere Hervorhebung, weil dort nicht mit einem größeren Stamm gesunkener Kräfte gearbeitet werden kann, die Leitung der Zahlstelle vielmehr von dem mit Arbeiten aller Art reich belasteten Arbeitersekretär mitbesorgt wird.

Auch einige andre kleinere Zahlstellen haben sich sehr gut gehalten. Grabow, das heute 114 Mitglieder zählt gegen 93 bei Kriegsbeginn, haben wir schon früher einmal erwähnt. Heute sei noch auf Gerabronn hingewiesen, das bei Kriegsbeginn 55, Ende 1916 aber 89 Mitglieder zählte. Ferner Neumarkt in der Oberpfalz, wo die Mitgliederzahl von 32 bei Kriegsbeginn auf 94 am Ende des Vorjahres stieg. Sehr gut hat sich auch Ederndorf gehalten, das heute über 100 Kollegen im Heeresdienst hat, und doch noch mehr Mitglieder zählt als bei Kriegsbeginn.

Wie schon gesagt, soll in diesen Angaben kein Vorwurf liegen gegen jene Zahlstellen, die ungünstiger abgechnitten haben. Sie sollen aber zeigen, daß auch jetzt in der Kriegszeit Erfolge für den Verband durch eifrige Werbearbeit zu erzielen sind, daß also das Kleinmütige, achselzuckende: „Jetzt ist ja doch nichts zu machen!“ durchaus nicht am Platze ist. Es wäre also durchaus zu wünschen, daß in allen Zahlstellen einmal geprüft wird, ob sich die Werbearbeit für den Verband nicht verbessern und steigern läßt. Dabei mögen die Ausführungen des Kollegen Hertwig über die Organisation der besonderen Beachtung der Zahlstellenleitungen empfohlen sein.

An der Berichterstattung für den Monat Dezember haben sich 408 Zahlstellen beteiligt von 465 noch vorhandenen; die ausfallenden sind zumeist solche mit sehr geringer Mitgliederzahl, so daß der Prozentsatz der bei der Berichterstattung ausfallenden Mitglieder nur sehr gering ist. Ueber die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	167 760	24 085	191 845
„ am 31. Juli 1916	56 734	20 168	76 902
Am 31. Juli 1916 weniger	111 026	3 917	114 943
Zum Heeresdienst eingezogen	96 125	—	96 125
Bliebt als Verlust	14 901	3 917	18 818

Der tatsächliche Mitgliederverlust seit Kriegsausbruch, also in 29 Kriegsmontaten, beträgt danach noch nicht ganz 10 vom Hundert. Er war schon höher. Ende 1915 und im ersten Drittel des Jahres 1916 waren es rund 14 vom Hundert. Dann

Gau	Zahlstellen		Die berichtenden Zahlstellen hatten Mitglieder						Sum Heeresdienst eingezogen	Vom Heeresdienst entlassen	Gefallen oder im Heeresdienst gestorben
	im Gau	davon haben berichtet	am 1. August 1914			am 31. Dezember 1916					
			männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen			
1 (Hannover)	42	35	13 417	2 678	16 125	4 647	2 917	7 564	7 672	321	659
2 (Magdeburg)	48	42	19 263	1 292	20 555	7 176	1 226	8 402	11 081	782	905
3 (Berlin)	42	40	13 131	1 214	14 345	5 184	754	5 938	7 237	411	538
4 (Stettin)	41	40	11 295	440	11 735	4 049	401	4 450	6 073	254	486
5 (Danzig)	12	12	4 441	166	4 607	969	50	1 019	2 465	61	174
6 (Breslau)	29	22	6 664	2 130	8 794	1 965	454	2 419	4 128	222	476
7 (Trossen)	45	41	25 782	5 422	31 204	8 786	4 457	13 243	15 332	919	1 153
8 (Görlitz)	36	32	8 46	772	8 818	2 615	788	3 403	4 549	222	476
9 (Jülich)	20	18	6 859	2 562	9 421	1 943	2 016	3 959	4 514	117	375
10 (Münster)	17	17	6 357	2 691	9 048	2 363	2 440	4 803	3 658	127	283
11 (Stuttgart)	28	19	5 751	1 160	6 911	1 684	752	2 436	3 156	54	269
12 (Ludwigsfelde)	18	17	7 461	474	7 935	2 158	238	2 396	4 491	132	281
13 (Frankfurt a. M.)	20	18	7 441	411	7 852	2 291	261	2 552	4 61	256	269
14 (Köln a. Rh.)	26	22	4 590	335	4 925	1 182	719	1 901	2 750	160	195
15 (Hamburg)	41	33	27 282	3 258	30 540	9 717	2 695	12 412	14 328	841	1 211
Alle 408 Zahlstellen	465	408	167 760	24 085	191 845	56 734	20 168	76 902	96 125	4 917	7 688

Von den 15 Gauen hatten drei mehr weibliche Mitglieder als bei Kriegsbeginn. Die stärkste Zunahme zeigt Gau 14, in dem die Zahl der weiblichen Mitglieder sich mehr als verdoppelte. Der Hauptteil des Zuwachses fällt auf die Zahlstelle Köln, die bei Kriegsausbruch 80, am Schlusse des Jahres 1916 dagegen 400 weibliche Mitglieder zählte. Einen verhältnismäßig sehr starken Verlust an weiblichen Mitgliedern haben die Gawe 5 und 6. Beide Gawe umfassen östliche Grenzgebiete, Gau 5 hatte mehrere blühende Zahlstellen unweit der Grenze (Remel, Tilsit ujm.), die durch den Einfall der Russen schwer gelitten haben. Im Vergleich zu dem Ergebnis am Schlusse des zweiten Kriegsjahres (31. Juli 1916) zeigen die meisten Gawe einen erfreulichen Zuwachs an weiblichen

Legte die einleitend näher geschilderte Besserung ein. Seit der Zeit werden nicht nur die laufenden Abgänge durch Neuaufnahmen gedeckt, sondern auch früher gerissene Lücken ausgefüllt.

Erfreulich ist die dauernde Steigerung der Aufnahmen weiblicher Mitglieder. In den ersten Kriegsmontaten war der Abgang gerade der weiblichen Mitglieder sehr stark. Zu Beginn des Jahres 1916 hatten wir reichlich 6000 weibliche Mitglieder weniger als bei Kriegsbeginn. Von je 100 am 1. August 1914 vorhandenen weiblichen Mitgliedern fehlten damals rund 28. Dann setzte der oben zahlenmäßig belegte Aufstrom ein. Am Ende des Jahres fehlten nur noch rund 400 weibliche Mitglieder gleich etwa 16 vom Hundert.

Zum Heeresdienst waren in den berichtenden Zahlstellen 96 125 Kollegen eingezogen. In den Zahlstellen, die nicht berichtet haben, derselbe Bruchteil eingezogen, so standen Ende Dezember 1916 von den 181 112 männlichen Mitgliedern, die wir bei Kriegsbeginn hatten, 103 815, das sind 57,2 vom Hundert, im Heeresdienst. Leider sind davon schon fast 8000 als gefallen gemeldet. Darunter ist gar mancher tüchtige Kollege, dessen Mitarbeit uns später fehlen wird.

Die Arbeitslosigkeit war am Ende des Monats Dezember etwas größer als am Ende des Vormonats; sie betrug 0,6 vom Hundert gegen 0,5. Die Steigerung ist jedoch ausschließlich im Gau 8 vorhanden, und auch da nur in den Thüringer Zahlstellen, in denen die Spielwarenindustrie stark vertreten ist. Für diese ging im Dezember das Weihnachtsgeschäft zu Ende, und daraus erklärt sich die gesteigerte Arbeitslosigkeit. Der Bruchteil der erwerbsunfähigen Kranken ist mit 2 vom Hundert bei beiden Geschlechtern auffällig hoch; daran dürfte jedoch das ungesunde Wetter die Hauptschuld tragen. An Erwerbslosenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen im Dezember 45 079 Mk. als Krankenunterstützung und 4766 Mk. als Unterstützung an Arbeitslose ausgegeben.

Die folgende Tabelle enthält einige wichtige Ergebnisse der Erhebung für den Monat Dezember, getrennt nach Gauen. Den Mitgliederzahlen sind die für den 1. August 1914 ermittelten gegenübergestellt. Beim Vergleichen ist zu beachten, daß nicht die Zahlen für den ganzen Verband, sondern nur die für die 408 Zahlstellen gegeben sind, die für den Monat Dezember 1916 berichtet haben.

Mahnungen aus dem Felde.

Nutzen der Organisation.

Bei Beginn des Krieges dachte mancher Arbeiter, es sei nun alles dahin, woran man vorher mit allen Kräften gekämpft hatte. Viele waren bedauerlicherweise auch bald die Sinne ins Korn, stellten die Beitragsleistung ein, bestellten die Arbeiterpresse ab und verließen die Dagee, für die sie geschworen hatten.

Die lange Dauer des Krieges hat diese Freiglinge eines Besseren belehrt. Die deutschen freien Gewerkschaften sind nicht untergegangen. Heute noch stehen sie gepärt und gerüstet der Zukunft gegenüber. Wohl gab es die erste Zeit so manche harte Nuß zu knacken, aber alles ist überwunden worden. In manchen Zahlstellen war zunächst überhaupt niemand mehr da, der sich der Sache des Verbandes annahm. Sehr bald aber wurden alle Lücken ausgefüllt. Das war ein Glück für die Arbeiterchaft. Was wäre geworden aus den arbeitslosen, kranken und ausgekauerten Kollegen, die bei Ausbruch des Krieges mittellos waren, hätten sie nicht eine kräftige Stütze an ihrem Verbandsverband gehabt? Ehe noch die Staats-Unterstützungen in vielen Teilen des Reichs geregelt waren, haben schon die freien Ge-

werkschaften den Familien der Mitglieder, die im Felde standen, Unterstützung gewährt.

Den Hinterbliebenen sind ferner die vielen nützlichen Einrichtungen der Gewerkschaften zugute gekommen. Wie viele Gesunde und Rechts-Auskünfte zur Erlangung der Witwen-, Hinterbliebenen- und Renten-Konten sind nicht durch die segensreiche Einrichtung der Arbeitersekretariate unentgeltlich den Arbeitern oder der alleinlebenden Witwe des Arbeiters zugute gekommen! Staat und Gemeinden haben die nützlichen Einrichtungen gutgeheißen. Ja, man hat sogar Worte der höchsten Anerkennung für die Gewerkschaften vernommen. Früher hat in vielen Familien der Beitritt zur Organisation tiefe Misshandlung hervorgerufen und sogar manchmal Streit im Familienleben ausgelöst. Doch wie segensreich sind nicht alle die Beitragsleistungen mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgekehrt! Oft, in den ersten Zeiten der Not, hat die Verbandshilfe wahre Freudenstrahlen und heiße Dankesworte ausgelöst. Die Frauen denken heute anders vom Verband; der Ernst und Druck der Verhältnisse hat ihnen die Augen darüber geöffnet, welchen Segen sie begangen, als sie dem Verband ablehnend gegenübertraten.

Hast alle Gewerkschaften haben auch zur heurigen 3. Kriegs-Weihnacht Weihnachtsunterstützungen den Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen auf den Weihnachtstisch gelegt. Möge diese Hilfe allen Ange-

Wieder der Kriegsteilnehmer unseres Verbandes ein Ansporn sein, auf fernem für den Verband zu arbeiten, ihm neue Mitglieder zuzuführen, wo immer das nur möglich ist. Möchten vor allem alle Mitglieder mit mehr Eifer als früher zum Verbandsleben. Oft und oft hat man früher dem Unorganisierten in Wort und Schrift den Weg gezeigt zur Organisation, ihnen gesagt: schließt euch zusammen! bildet ein Ganzes! Die Erfolge waren oft ganz gut, aber nicht von Dauer. Nach kurzer Zeit waren oft alle die schönen Anfänge zerstört. Wenn das in Zukunft besser wird, so ist schon viel gewonnen.

Darum auf zur neuen Kriegsarbeit, zum Besten der Organisation! Denn nur eine festgeschlossene Organisation wird auch nach dem Kriege für uns alle von Nutzen sein. Hoffentlich zieht nun bald der Friede ein in Deutschlands Gauen. Wenn dann die Kollegen aus den Schützengräben zurückkehren, dann erwarten sie, ihren Verband stark und wohlgeplant wiederzufinden.

Lorenz Sommer, z. Bt. im Felde.

Den Verband hochhalten!

Wieder ist ein Jahr vorüber, ein Jahr des Kummers und der Sorge wohl für alle diejenigen, die nicht zur Klasse der Besten gehören. Viel Not und Elend, in körperlicher und seelischer Beziehung, hat dieses Jahr der deutschen Bevölkerung, insbesondere aber der Arbeiterschaft gebracht. Was früher wohl alle Welt für unmöglich gehalten hätte, haben wir nun erlebt: Zum dritten Male sind wir in ein neues Jahr getreten, und immer noch wütet der schreckliche Weltbrand des Krieges weiter. Und wieder, wie schon zweimal früher, sind wir von der gleichen schicksalsschweren Frage bewegt: Krieg oder Frieden? Wird uns das Jahr 1917 endlich die Wiederkehr geordneter Verhältnisse bringen, oder soll es wieder untergehen in der veranwortungslos geschürten blinden Wut? Darum stehen wir nicht wie einst in feindseligen Seiten des leichtesten Sinnes und froher Hoffnung am Anfang des neuen Jahres, sondern sorgenschwer und voll qualvoller Ungewissheit. Aber besonnen und weise wollen wir den Mut nicht sinken lassen. Die deutsche Arbeiterschaft ist im Kampfe groß und stark geworden, sie ist kampferprobt und wird daher auch diesen Sturm bestehen.

Bedenkt die Angelegenheiten der Kollegen, die aus dem Kriegsdienst entlassen werden (entweder auf Grund ihres vorgerückten Alters oder zur Erzeugung von Kriegsmaterial), glauben, ihren Unwillen für die Mißbilligung, die der Krieg über sie und ihre Familien gebracht hat, dadurch zum Ausdruck bringen zu sollen, daß sie ihre Umkleidung bei der Organisation unterlassen. Diesen kühnen Worten einige Worte. Vor allem bedenkt, die immer mit den Worten „Ja wenn“ operieren. Es ist gewiß nicht maßlos, über vergangene Dinge vom Gesichtspunkt des „Ja wenn“ nachzusinnen. Allerdings können wir Geschehenes dadurch nicht ungeschehen machen, Veräntwortung nicht nachholen, daß wir unsere frühere Haltung oder unsere Trägheit erkennen und bekennen. Wohl aber können wir aus unseren früheren Verfehlungen Lehren ziehen. Erwägungen sammeln man nicht schon dadurch, daß man überhaupt etwas erlebt, sondern nur dadurch, daß man über das Erlebnis nachsinnend.

Wenn wir in der Geschichte der nationalen und internationalen sozialistischen Geschichte zurückschauen, dann finden wir zu Dutzenden die Anlässe, die mit tiefen Seufzern des Bedauerns unter „Ja wenn“ hervorzurufen. Aber Geschehenes wird durch Kritik nicht ungeschehen gemacht, und wenn wir heute erkennen, daß verhängnisvolle Fehler gemacht worden sind, so soll dies keine Mißbilligung hervorzurufen, sondern Tatkraft. Jeder muß das Bestreben in sich fühlen, in der Zukunft dazu beizutragen, daß Veräntwortung nachgeholt und Verdrüßtes besser gemacht wird. Nur so wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, sich allmählich der politischen Macht zu nähern. Um sich aber Macht und Einfluß zu sichern, dazu gehört Tatkraft, und Tatkraft zu entwickeln ist nicht der einzelne in der Lage, sondern dazu gehört die Kraft und Willensanstrengung der Klasse.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, resp. ihre Vertreter haben bis zum Ausbruch des Weltkrieges Großes getan. Jeder angelernte Arbeiter, der sich selbst Beschäftigung darüber gibt, wie die Lage zur Zeit beschaffen ist, und was seine Klasseninteressen verlangen, wird begreifen, daß eine Desorganisation der Arbeiter nur den Feinden der Arbeiterklasse von Nutzen sein kann. Unser Wirtschaftsleben wird noch immer von den Kapitalisten beherrscht. Wohl aber wird während des Krieges in allen Kriegführenden Staaten reformatorische Eingriffe in das kapitalistische System vorgenommen worden, die man noch vor kurzer Zeit als Utopie bezeichnet hätte. Aber besonnen und weise dürfen wir nicht verkennen, daß der Kapitalismus nicht geschwächt, sondern gefährdet aus diesem Krieg hervorgeht wird. Die Umstände, unter denen wir jetzt leben, herbeizuführen die Arbeiter mehr als die Unternehmer. Die Gewerkschaften sind fast geschwächt; die Hälfte ihrer Mitglieder steht im Felde, und reiche Ernte hat der Tod in ihren Reihen geerntet. Auch die Gewerkschaften der Gewerkschaften sind erschwerlich vermindert. Dagegen begünstigt die Kriegswirtschaft den beruflichen Zusammenstoß der Unternehmer. Daher tut die Arbeiterschaft gut, die Augen offen zu halten. Für die Arbeiterschaft gibt es nach wie vor nur einen Weg, und dieser heißt: kämpfen!

Deshalb bestimme auch eine wohlverdienende Rechte, die ihr in der Organisation maßvoll errungen habt. Denkt daran, unter welchen Schwierigkeiten und Opfern das Verbandsmitglied gebaut wurde, und welche Bewusstseinsarbeit der Bericht auf die Organisation auch bringt. Wenn ihr diesen eingeht, seid, dann bin ich überzeugt, daß ihr kein zur Fahne heftet und in der Beratung neuer Mitglieder tatkräftig mitarbeitet zur Verbesserung der Lebenslage und zum Zusammenhalten einer Verflechtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bleiben die wirtschaftlichen Organisationen wehrhaft, so sind sie auch nach dem Krieg in der Lage, die besten Pläne der Arbeiterklasse auszuführen.

Joseph Sang, z. Bt. im Felde.

Aus der Industrie

Vom „Abbau der Kriegslöhne“ in der Gummiwarenindustrie.

Ueber die sogenannten „Kriegslöhne“ der Arbeiterschaft ist schon sehr viel geschrieben und geschrieben worden. Dabei ist sehr viel Uebertreibung mit unterlaufen und arg verallgemeinert worden. Die „Fleischergesellen mit Ministergehältern“ haben wirklich nur in der Phantasie einseitig oder gar nicht unterrichteter Zeitungs-schreiber ihr Dasein geführt, und die „hundertprozentigen“ Lohnsteigerungen sind immer nur Ausnahmen gewesen, obwohl die Teuerung sie hätte zur Regel werden lassen müssen.

Genau sind in der Kriegszeit die Löhne gestiegen. Es wäre ja auch nicht nur eine Schande, sondern auch ein unermeßlicher Schaden, wenn es anders wäre. Bei den jetzigen Preisen für Lebensmittel und andre Bedarfsartikel kann ein Arbeiterhaushalt einfach nicht mehr auskommen mit einer Summe, die vor dem Kriege kaum ausreichte, das Nötigste zu decken. Etwas mußten die Löhne den Preisen folgen, wenn nicht die Arbeiterschaft einfach verhungern sollte.

In einigen Berufen ist die Lohnsteigerung auch allgemein und wesentlich. So in der eigentlichen Rüstungsindustrie und in solchen Industriezweigen, in denen der Mangel an gelernten Arbeitern groß, ein Ersatz durch weibliche oder jugendliche Arbeitskräfte aber nicht angängig ist. Wo aber weder direkt noch indirekt für den Heeresbedarf gearbeitet wird und wo die fehlenden männlichen Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt werden können, da bleibt die Lohnsteigerung durchweg weit zurück hinter den Preissteigerungen. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechtert sich, weil die Kaufkraft des Lohnes schneller sinkt, als die Summe des Lohnes steigt.

Im Gebiet unsres Verbandes sind die männlichen Arbeitskräfte in weitem Umfange durch weibliche ersetzbar. Viel mehr als das früher vorauszusetzen war. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Papiermaschinen zeigt das deutlich. Auch Jugendarbeit findet in den Industriezweigen, aus denen sich unsere Mitgliedschaft rekrutiert, in weitem Umfange Verwendung. Infolgedessen sind auch Lohnsteigerungen im Gebiet unsres Verbandes nicht in dem Umfange eingetreten, wie das in manchen andern Industriezweigen der Fall ist. Zwar hat die eifrige Tätigkeit des Verbandes und seiner Glieder in den Jahrestellen gar manchen Erfolg davon getragen, jedoch waren die Grenzen für die Erfolge durch die oben angeführten Umstände enger gezogen als uns das im Interesse der Mitglieder wünschenswert war. Wo die Organisation ganz fehlte und damit jeder Druck auf den Unternehmer ausblieb, sind die Löhne vielfach überhaupt nicht gestiegen. Allerdings sind das zumeist ländliche Gegenden, wo der Druck der Teuerung weniger fühlbar ist. Immerhin ist die Verschlechterung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft, die in der jetzigen Zeit mit Friedenslöhnen auskommen muß, geradezu ungeheuerlich.

Es ist also, wie hier ausgeführt, in unserm Verbandsgebiet die Entwicklung der Löhne zwar in der Regel in derselben Richtung, aber so gut wie gar nicht in demselben Tempo vor sich gegangen wie die Entwicklung der Preise. Die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder ist also nicht besser, sondern schlechter geworden. Trotzdem klagen auch unsere Unternehmer immerfort über die gestiegenen Löhne. Nicht nur das, sie drohen auch schon mit Lohnkürzungen nach dem Kriege, obwohl sie noch gar nicht wissen können, wie sich die Preise dann gestalten werden.

Besonders deutlich mit solchen Drohungen sind in letzter Zeit die Gummi- und Gummiwarenfabrikanten geworden. Der kürzlich verstorbenen Kommerzienrat Hoff, Generaldirektor der „Harburg-Wien“, bezeichnete auf der Generalversammlung des Vereins der Kautschukwarenfabriken die „Regelung der Arbeitsverhältnisse“ als eine „wichtige Frage der Zukunft“ und meinte dazu, es sei

„zweifellos, daß die unter den Kriegsverhältnissen bewilligten hohen Löhne und Teuerungszulagen (später von der Industrie nicht mehr getragen werden können“.

Als vorsichtiger Mann und gewiß mehr aus Rücksicht auf die möglichen Folgen einer allzu hemmungslösen Lohnherabsetzung als aus Rücksicht auf die Lage der Arbeiter empfahl er zugleich einen „vorsichtigen Abbau“ der Löhne unter „Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse“. Er meinte auch, es müsse versucht

werden, „in gemeinschaftlichen Beratungen Normen zu finden, die das Interesse der Industrie ebenso wahren, wie das gute Verhältnis zu den Arbeitern dauernd sichern“.

Um Irrtümer zu vermeiden, sei hinzugefügt, daß Hoff mit den gemeinschaftlichen Beratungen nicht etwa solche zwischen Unternehmern und Arbeitern meint, sondern nur solche der Unternehmer unter sich zum Zweck des „gemeinschaftlichen“ Abbaues der Löhne.

Die Versammlung zeigte für die Abbaubestrebungen ihres Vorsitzenden lebhaftes Verständnis. In dem Bericht in der Fachpresse wird ihre Stellungnahme zu diesem Punkt wie folgt zusammengefaßt:

„6. Infolge des Krieges sind die Löhne stark gestiegen. Es wird bemerkt, daß wohl die Arbeiter verlangen würden, nach dem Kriege die hohen Löhne zu behalten, daß die Industrie diese jedoch nicht auf die Dauer tragen könne und eine Herabsetzung unvermeidlich sein würde, wobei allerdings auf den Stand der Preise des Lebensunterhalts Rücksicht genommen werden müsse. Hoffentlich gelinge es, das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, das in der Kautschukindustrie im großen und ganzen bisher bestanden habe, auf die Dauer zu erhalten.“

Das ist im wesentlichen das, was Kommerzienrat Hoff vorschlug. Nur ist die „Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse“, die Hoff empfahl, etwas klarer formuliert worden. Es soll auf den Stand der Lebensmittelpreise Rücksicht genommen werden. Die Versicherung ist erfreulich, aber nicht ausreichend. Wenn die Industrie die Löhne wirklich nicht tragen kann, die Herabsetzung tatsächlich unvermeidlich ist, dann ist die angekündigte Rücksicht auf die Lebensmittelpreise eitel Humbug. Denn die Unternehmer wissen ja noch gar nicht, ob die Lebensmittelpreise nach dem Kriege überhaupt fallen, ja, ob sie nicht noch weiter steigen und weitere Lohnherabsetzungen zu einer gebieterischen Notwendigkeit werden lassen. Sie wissen aber auch noch nicht, wie sich die Industrie nach dem Kriege entwickeln wird, welche Löhne sie tatsächlich tragen kann. Die Herren hätten also mit ihren herzlich unangebrachten Plänen warten können, bis sich übersehen läßt, wie sich die Dinge nach dem Kriege gestalten. Es scheint uns aber, als ob die Gummiwarenfabrikanten mit ihrer Entschließung nicht nur kommende Lohnherabsetzungen vorbereiten, sondern auch weiteren Lohnherabsetzungen vor Kriegsende vorbeugen wollen. Selbstverständlich nur in der menschenscundlichen Absicht, die nach ihrer Ansicht später erforderlichen Herabsetzungen weniger fühlbar zu machen.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß derselbe Verein der Kautschukwarenfabrikanten, der jetzt schon die Unternehmer zur gemeinschaftlichen Herabsetzung der Kriegslöhne sammeln will, es feinerzeit ablehnte, über die Wiedereinstellung der Kriegsbefähigten Vereinbarungen zu treffen. Es will aber bedenken, als sei diese Frage für eine gemeinschaftliche Regelung viel besser geeignet, und sei sie auch viel dringlicher als die Kürzung der in der Gummiindustrie ohnehin nur fargen Kriegslöhne.

Der Krieg als Retter aus finanzieller Not.

Die Mitteldutsche Gummiwarenfabrik vorm. L. Peter ist durch den Krieg gesund geworden. In dem Jahr fünf bis mit 1914 mußten die Aktionäre nicht nur auf jede Dividende verzichten, sondern auch noch erhebliche Beiträge zur Sanierung des Unternehmens opfern. Die fünf Kriegsmo-nate des Jahres 1914 brachten schon eine wesentliche Besserung der Geschäftslage; es wurde ein Gewinn von 78 627 Mk. erzielt. Das Jahr 1915 brachte einen um das Sechsfache höheren Gewinn, nämlich 483 013 Mk. Die Aktionäre erhielten davon 400 000 Mk. als 80prozentige Dividende. Das Jahr 1916 hat nun gar 677 711 Mk. Reingewinn abgeworfen. Die Aktionäre erhalten davon 450 000 Mk. als 9 Prozent Dividende.

Bemerkenswert ist, daß diese starke Steigerung des Gewinns erzielt wurde, obwohl der Umsatz erheblich zurückging. Der Bericht erklärt das damit, daß die Gesellschaft ihre Einrichtungen weiter erweiternder ausgebaut hat, während sie andererseits die Unkosten verringern konnte. Der Warengewinn geht um 91 000 Mk. über seine vorjährige Höhe hinaus, während die Unkosten, in denen 191 758 Mk. (i. B. 161 645 Mk.) Kriegsunterstützungen enthalten sind, sich um 196 000 Mk. ermäßigten. Die Abschreibungen werden angeblich mit Rücksicht auf die erhöhte Inanspruchnahme der Anlagen um 96 000 Mk. höher angesetzt, wobei diejenigen Werte, die nur für die Kriegsbauer angefaßt sind, ganz abgeschrieben wurden. Danach geht der Reingewinn um 256 000 Mk. über den vorjährigen hinaus. Die Reserven erhaltener und der gesetzlichen Zuweisung eine Extrastützung von 100 000 Mk. und ein Beamten-Unterstützungsfonds wird durch Zuweisung von 50 000 Mk. geschaffen, wonach der Gewinnvortrag sich um 31 000 Mk. erhöht.

Der Bericht gibt noch der Hoffnung Ausdruck, daß bei Neuregelung der Handels- und Zollverhältnisse die gesetzgebenden Organe der deutschen

Unfallverhütungsmaßnahmen gegen Elektrizitätsgefahren.

II.

Bestimmte Leitungen für Elektrizität müssen durch ihre Lage oder durch besondere Verhältnisse vor mechanischer Beschädigung geschützt sein. Fernleitungen sowie Apparate an Freileitungen sind zu anzu-bringen, daß sie ohne besondere Hilfsmittel weder vom Erdboden noch vom Dach der Gebäude, Treppen und andern von Menschen betretenen Stellen aus zugänglich sind. Der Mindestabstand der Stützpunkte für Freileitungen ist je nach der Höhe von 10 bis 20 Meter erhöht. Bei Übergängen müssen die Leitungen einen angemessenen Abstand vom Erdboden oder einem geeigneten Schutz gegen Beschädigung erhalten. Unge-fährliche Hochspannungen sollen in der Regel mit ihren eigenen Banden mindestens 6 Meter von der Erde und bei befristeten Übergängen mindestens 7 Meter von der Erde ab entfernt sein. Träger und Schutz-einrichtungen von Leitungen, die mehr als 70 Volt gegen Erde führen, müssen durch einen roten Pfeil sichtbar gekennzeichnet sein.

Wenn eine Hochspannung über Leitungen, besondere Grenzpunkte und andere Anlagen geführt wird, aber wenn sie sich einem verkehrsreichen Orte nähern, muß die Verkehrsbehörde durch Verkehrs-schilder kenntlich machen, welche die Leitungsräume entweder so hoch anzuheben, daß im Falle eines Durchbruches die herabfallenden Leiter mindestens 3 Meter vom Erdboden entfernt sind, oder sie, mittels Schutzgittern (Schutzgitter) anzuheben, die das Herab-fallen der Leiter verhindern oder die die herabfallenden Leiter selbst fernhalten müssen. Schutzgitter sind an Stützpunkten jeder Art anzu-bringen. Schutzgitter müssen ausbleiben. Als Schutzmittel gelten gegen die herabfallende Leiter, einen roten Band über die Leiter zu spannen, Schutzgitter, Verkehrs-schilder und Schutzgitter. Der Abstand zu den Leitungen, Stütz- und Verteilungspunkten muß so weit vergrößert werden, als es die Verhältnisse erfordern. Arbeiten an Hochspannungs- und Schutzgitteranlagen in gefährlicher Nähe von Hochspannungsanlagen sind nur zulässig, wenn die Hochspannungs-leitungen gegen das Herabfallen oder sonstige ausströmende Schutz-mittel geschützt sind.

Die Normal-Unfallverhütungsmaßnahmen für gleichartige Betriebe von 1912 verlangen außerdem: In der Nähe von ungeschützten spannungsführenden Leitungen oder Apparaten (bei Hochspannung auch von isolierten Leitungen oder Apparaten) dürfen Geräte erst dann aufgestellt werden, wenn die Leitungen usw. spannungsfrei gemacht sind. Der Betrieb der elektrischen Leitungen kann nach Aufstellung der Geräte wieder beginnen, wenn Sicherheitsvorrichtungen getroffen sind, die eine zufällige Berührung eines spannungsführenden Teiles verhindern. Der Betriebsleiter oder sein Beauftragter hat die erforderlichen Schutz-maßregeln anzuordnen und die Arbeiter während der ganzen Arbeitszeit zu überwachen. Nur unterworfene Personen dürfen elektrische Anlagen warten und instandhalten.

Wenn jemand durch den elektrischen Strom betäubt, so ist der Verunglückte sofort den Einwirkungen zu entziehen und die Leitung sofort spannungsfrei zu machen. Das geschieht durch die Benutzung des nächsten Schalters, Lötlung der Sicherung für den betreffenden Leitungsstrang oder Zerschneidung der Leitungen mittels eines trockenen, nicht metallischen Gegenstandes, zum Beispiel eines Stückes Holz, eines Stüdes oder eines Spannschlüssels, das über den Leitungsdraht gezogen wird. Dann ist sofort mit der künftigen Rettung zu beginnen und dies bis zur Ankunft des Arztes fortzusetzen.

Welche Bedeutung die künstliche Atmung für die Lebensrettung bei elektrischer Betäubung hat, ergibt sich aus einem Falle, der im Bericht der Berufsgenossenschaft für Elektrotechnik für 1913 dargestellt wird. Ein Schalterwart war mit einer Hochspannungsleitung in Berührung gekommen und komaartig zusammengebrochen. In diesem Zustande fand ihn seine Frau, die dann durch künstliche Atmung und nach künstlichem Bewußtsein ihrem Mann das Leben gerettet hat. Der Schalterwart hatte in sehr verständiger Weise seine Frau von der künstlichen Atmung unterrichtet. Gedrängt durch die Liebe zu ihrem Mann und zu ihren Kindern hat das arme Weib diese heldenhafte Leistung vollbracht. Die Berufsgenossenschaft zahlte ihr dafür eine Belohnung von 100 Mk.

Die eingehenden Unfallverhütungsmaßnahmen hat die Berufsgenossen-schaft für Fernverkehr und Elektrotechnik aufgestellt, die sich streng an die Vorschriften des Verbandes der Elektrotechniker anlehnen. Als sehr wertvoll und dringend sind die einschlägigen Bestimmungen der Normal-Unfall-verhütungsmaßnahmen des Verbandes der Bauwerks-Berufsgenossenschaften zu bezeichnen, wo nur gesagt wird: „Sind auf einer

Arbeitsstelle elektrische Beleuchtungs- oder Starkstromanlagen, so haben die Arbeiter streng darauf zu achten, daß sie mit der Stromleitung nicht in Berührung kommen. Bauhandwerker dürfen an nicht stromlos gemachten elektrischen Freileitungen weder Sicherungsvorrichtungen anbringen, noch Arbeiten irgendwelcher Art an Leitungen oder in deren unmittelbarer Nähe vornehmen.“ Man scheint aber hierbei ganz vergessen zu haben, daß bei hantlichen Arbeiten Umstände oder Vorgänge eintreten können, wodurch zum Beispiel Personen durch Fall usw. unwillkürlich elektrische Anlagen berühren müssen. Solche Anlagen, wie Kabel usw., müssen während der Dauer der Arbeitsausführung spannungslos gemacht oder möglichst sicher verdeckt oder aus dem Bereich des Arbeitsvorganges gebracht werden. Die Arbeiter, die Betriebsleiter und Unternehmer sollen durch die Unfallverhütungsmaßnahmen zur Unfallverhütung angeleitet und erzogen werden. Weiter soll durch die Einzelbestimmungen über Schutzeinrichtungen veranlaßt werden, diese vorchriftsmäßig auszuführen und nur dann zu benutzen. Durch jahrelange Erfahrungen ist aber erwiesen, daß ohne genügende Anweisungen der betriebsausführenden Organe und ohne hinreichende Überwachung der Betriebe und Bauaus-führungen durch die Behörden, durch die technischen Aufsichtsbearbeiter der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeinspektion das nicht erreicht werden kann. Die allgemeinen Gefahren durch elektrische Anlagen müssen schon früh und wie es zum Teil auch schon geschieht, der Jugend in den Schulen verständlich gemacht werden. Aber auch jeder denkende Arbeiter sollte Gelegenheit nehmen, sich darüber zu unterrichten und auch Experimentalarbeiten über Elektrizität zu hören suchen.

In der „Sozial-Technik“ hat der Gewerbeinspektor Dr.-Ing. A. Gaenkel 1916 unter anderem auch darauf hingewiesen, daß es für die Unfallverhütung dringend erforderlich sei, daß die Aufsichtsbeamten der Gewerbeinspektion und der Berufsgenossenschaften wenigstens einige grundlegende Kenntnisse von der Elektrotechnik besitzen. Im übrigen aber ist im Rahmen einer üblichen Revision eine gründliche Prüfung elektrischer Anlagen zumeist nicht möglich. Es werden daher die maßgebenden Behörden und jeder einschlägige Revisionsbeamte anzustreben haben, daß die größeren Betriebe und die Anlagen, die größere Gefahren bieten, von Zeit zu Zeit durch besondere elektrotechnische Sachverständige eingehend unter-sucht werden; bedingt ist ein herabgesetztes Vorgehen durch das Schut-zinteresse der gesamten Bevölkerung. G. Heintz.

Gummiindustrie den für ihren Bestand und ihre Weiterentwicklung... notwendigen Schutz angebeihen lassen". Was darunter verstanden sein soll, wird nicht gesagt.

Durchgehende Arbeitszeit.

Der „Deutsche Papiermarkt“ in Mannheim, das Zentralorgan für die Interessen der papierverarbeitenden Industrien, bringt in seiner Nr. 27 vom 26. Dezember 1916 einen Aufsatz eines Herrn Dr. Ernst Mayer aus München, der sich mit den wirtschaftlichen Vorteilen der durchgehenden Arbeitszeit befaßt.

„Sehr zu verwundern ist es aber, daß unter den geplanten Sparmaßnahmen eine nicht erwähnt ist: die nicht bloß jetzt im Kriege, sondern vor allem in künftigen Friedenszeiten ohne sonderliche Härten so gewaltige volkswirtschaftliche Ersparnisse zu erwirken imstande wäre, wie keine zweite: Die einheitliche Durchführung der durchgehenden Arbeitszeit.“

Die durchgehende Arbeitszeit würde, nach Dr. Mayer, auch der Geschäftswelt gestatten, abends früher, vielleicht um 6 1/2 Uhr, ihre Türen zu schließen, da die Arbeiter ihre Einkäufe entsprechend früher besorgen könnten.

Die Propaganda für die durchgehende Arbeitszeit ist aller Ehren wert, doch kann diese von der Arbeiterschaft nur gutgeheißen werden, wenn sie entsprechend verkürzt und auf täglich höchstens 8 Stunden ausgedehnt wird.

„Dann sind aber auch die Arbeitgeber oder in der Lage, ihren Angestellten gewisse Vergünstigungen, wie namentlich längere Arbeitszeit, zu gewähren. Der Arbeiter selbst aber macht dadurch, daß er den Weg zu der meist entfernt liegenden Arbeitsstätte nur zweimal statt wie bisher viermal täglich zurücklegen muß, recht ansehnliche Ersparnisse: wie weniger Schuhreparaturkosten, halbe Straßen- oder Eisenbahnfahrkosten, Lichterhpaß zu Hause usw.“

Mit Recht hebt Dr. Mayer die Gelegenheit für die Arbeiter hervor, sich bei einem früheren Arbeitschluß geistig und körperlich weiter auszubilden, sich von den Strapazen des Arbeitstages erholen zu können. Für eine Ansiedlung in einer Gartenstadt durch die Unternehmer werden sich die meisten Arbeiter bestens bedanken, da sie ja dann in den Nachmittagsstunden als freie Menschen nicht mehr unter Aufsicht ihres Arbeitgebers und seiner Trabanten stehen wollen.

Unternehmer- und Arbeiterforderungen in der Pappenindustrie.

Sobald die Arbeiterschaft in irgendeiner Industrie- oder Gewerkschaft Forderungen auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhebt, dann löst regelmäßig durch den gesamten Blätterwald der Unternehmerpresse der Klage laut über die Unerfährlichkeit der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Ebenso regelmäßig kann man dann aber auch immer wieder die alte Phrase hören, daß die Arbeiter durch ihre „unberechtigten Forderungen“ sich „den Ast abjagen, auf dem sie sitzen“.

Zu jenen Unternehmergruppen, die das Mechten immer noch für vorteilhafter ansehen als das Geben, gehören auch der größte Teil der deutschen Pappenfabrikanten. Zahlen sie einerseits die niedrigsten Arbeiterlöhne, so gehören sie auf der anderen Seite zu jenen Industriellen, die es als ihr ureigenstes Recht ansehen, jede kleine Steigerung der Produktionskosten durch Preissteigerungen mehr als auszugleichen.

„Der Pappenfabrikanten“ organisierten Unternehmer, die auf ihren monatlichen Zusammenkünften ängstlich darüber wachen, daß keine Gelegenheit zu Preissteigerungen ungenützt vorübergeht. Auf ihren regelmäßigen Zusammenkünften setzten sie Richtpreise fest, die sich auch die übrigen deutschen Pappenfabrikanten zum Muster nahmen.

Table with 4 columns: Pappenart, Richtpreise für 100 Kilo ab Fabrikation am 5. Januar 1916, Richtpreise für 100 Kilo ab Fabrikation am 3. Januar 1917, Erhöhung in Prozent.

Bei der Beurteilung dieser Preiserhöhungen darf nicht außer acht gelassen werden, daß auch im Jahre 1916 die Pappenverbraucher von Preiserhöhungen keinesfalls verschont geblieben sind. Besonders haben auch die Hand- und Maschinenleberpappen sowie die weißen Holzpappen mehrmalige Preiserhöhungen erfahren.

Außerdem sind vom 3. Januar 1917 an Kartuschpappen auf 55 M., Schußpappen auf 50 M., und Jacquardpappen ebenfalls auf 50 M. für 100 Kilo erhöht worden.

So wenig wir es den Pappenfabrikanten verübeln, wenn sie für die verteuerten Produktionsverhältnisse einen gerechten Ausgleich herbeizuführen suchen, so sehr müssen wir es beurteilen, daß die Pappenfabrikanten ihrer Arbeiterschaft nicht ebenfalls durch Gewährung von Lohnsteigerungen die Mittel zu einem Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung gegeben haben.

Seider haben die Pappenarbeiter und -arbeiterinnen bis heute noch nicht den Mut bewiesen, mit derselben Ausdauer an der Preiserhöhung ihrer Arbeitskraft zu arbeiten, wie dies von den Pappenfabrikanten für ihre verschiedenen Pappensorten in ausreichendem Maße geschehen ist. Noch ist es nicht zu spät, mit Hilfe der Arbeiterorganisation einen Ausgleich in den Lohnverhältnissen der Pappenarbeiterschaft herbeizuführen, der den heutigen Lebensverhältnissen Rechnung trägt.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 14 (Köln).

Sonntag, den 24. Dezember, tagte in Düsseldorf eine Konferenz der Zahlstellenleiter im Gau 14. Besucht war die Konferenz von 12 Delegierten, die 9 Zahlstellen im Gau vertreten. Die kleineren Zahlstellen hatten keine Vertretung zu der Konferenz entsandt.

Über das Hilfsdienstgesetz berichtete Kollege B. Funf, Gauleiter. Er erläuterte die einzelnen Paragraphen des Gesetzes unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Bestimmungen, die am wesentlichsten in das gewerkschaftliche Leben einschneiden. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen nach Kräften im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen seien.

Zum 2. Punkt, Agitation, machte Kollege Hertwig (Köln) einige einleitende Ausführungen. Besonders sei es zu empfinden, die Passivität in der gegenwärtigen Zeit zu betreiben. Selbstige betriebliche Tätigkeit, wenn die Vorarbeiten hierfür gut eingeleitet sind. An Hand der Erfahrungen, die er bei der Ausübung seiner Tätigkeit in der Zahlstelle Köln gesammelt hatte, machte er eine Reihe Vorschläge und gab Fingerzeige wie die Agitation erfolgreich zu betreiben sei.

Die Mahnung zur regen Werbearbeit dürfte wohl nicht ohne Wirkung verhallt sein. Den guten Willen zur Werbearbeit haben alle Vertreter von der Konferenz mit nach Hause genommen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eisenberg (S.-A.) Am 27. Dezember 1916 fand im Beisein des auf Urlaub anwesenden Geschäftsführers der Zahlstelle F. Sturm eine Verhandlung mit den drei Schamottefabrikanten Gebr. Kämpfe, Schälke u. Ko. (Mammothwerke) und Götener Lommetke wegen Lohnminderungen statt. Die Arbeiterschaft Eisenbergs hat genau wie die Arbeiterschaft der Großhütte unter dem Lebensmittelpreisanstieg zu leiden.

Die Arbeiter erhalten eine Zulage von 8 Pf., die Frauen und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche von 6 Pf. pro Stunde. Die Akkordarbeiter (Former) erhalten 10 Prozent, alle übrigen Akkordarbeiter eine Zulage von 15 Prozent. Die Zulagen treten mit der ersten vollen Woche im neuen Jahre in Kraft und müssen gezahlt werden bis 31. März 1918, wo dann der alte Tarif seinen Abschluß gefunden hat.

Wir, in den Schlingengraben, müssen täglich schwere und große Opfer bringen. Ihr, die ihr daheim seid, sorgt und bringt das keine Opfer, die Organisation stark zu erhalten und neue Kämpfer zu werben! Denn unsere Organisation ist unsere Zukunft!

Hannover. Waren schon im Jahre 1915 die Lebensmittelpreise zu einer fast unerschwinglichen Höhe gestiegen, so im Berichtsjahre noch mehr infolge der immer mehr zunehmenden Knappheit. Aber auch die übrigen zur Lebenshaltung notwendigen Gegenstände stiegen im verfloffenen Jahre derart im Preise, daß ein weiterer Ausgleich in höheren Löhnen gemacht werden mußte. Wenn nun auch in einer größeren Anzahl von Betrieben, wie im Vorjahre, dauernde Lohnsteigerungen erreicht werden konnten, so sind eine noch weit größere Anzahl zu verzeichnen, in denen die Arbeiter Schritte zur Erlangung höherer Löhne noch nicht getan haben.

Sohnbewegungen zum Zwecke dauernder Lohnsteigerungen konnten 11 durchgeführt werden. Erreicht wurde hierdurch für 645 Personen eine wesentliche Aufbesserung von 1823,19 M., und zwar in den Betrieben Continental für die Abteilungen Flugzeugreifen und Belomult, Milchabteilung, Leinwand Schneiderei und Abteilung Seife; Saline Grotzenhall, Chemische Fabrik de Haën, Ziegellei von Gebr. Gauerz, Deutsche Grammophon und Hay u. Sohn, Riepelganz und Pfeilwerke. Die Gasanstalt und die Grammophon konnten Urlaub wegen Arbeitermangels nur zum Teil gewähren.

Betriebsversammlungen und Besprechungen fanden 128 statt, Verhandlungen mit Betriebsleitungen 20 und Mitgliederveranstaltungen 5. Für die geringe Zahl der abgehaltenen Mitgliederveranstaltungen gilt das schon im vorigen Jahresbericht Gesagte, nämlich, daß eine Anzahl wichtiger Fragen aus bekannten Gründen nicht eingehend behandelt werden können.

Der Beschäftigungsgrad in der chemischen und in der Gummi-Industrie war im verfloffenen Jahre, soweit die Rohmaterialien ausreichen, ein ziemlich befriedigender. Arbeitslose männliche Mitglieder hatten wir nur vereinzelt, und dann auch nur wenige Tage. Auch für die Arbeiterinnen hat sich die Arbeitslosigkeit verbessert, da in vielen Betrieben infolge Einziehung der Arbeiter zum Heeresdienst Arbeiterinnen eingestellt wurden. Infolge von Arbeitermangel wurde unser Arbeitsnachweis recht oft in Anspruch genommen, auch von Staatsberatern, so daß wir eine ganze Anzahl Mitglieder in besser bezahlte Zahlstellen unterbringen konnten.

Eine Folge der starken Einziehungen zum Heeresdienst ist die Erschwerung der Agitationsarbeit. Das Verbot für Männer ist dadurch begrenzt, und wenn es auch gelungen ist, eine größere Anzahl Frauen und Mädchen dem Verbands zugewinnen, so ist das nur ein Bruchteil der in den Betrieben Beschäftigten. Daß die Arbeiterinnen aus einer Reihe von Gründen dem Verbands schwerer zugänglich sind, ist den Mitgliedern bekannt. Deswegen darf aber doch die Werbearbeit nicht erlahmen, und jedes einzelne Mitglied muß alles daran setzen und die Arbeiterinnen für den Verband zu gewinnen suchen. An Mitgliedsfeiern der Verbandsleitung wird es dabei selbstverständlich nicht fehlen. Trotz der erschwerten Werbearbeit konnten 366 Neuaufnahmen gemacht werden, denen 252 Streichungen resp. Austritte gegenüberstehen. Wenn trotzdem ein Rückgang der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen ist, so liegt das an den oben angeführten Gründen.

Daß auch im verfloffenen Kriegsjahre vom Verbands an Unterstützung das möglichste geleistet ist, beweist unsere Abrechnung. Danach wurden aus der Hauptkasse unter anderem 15 388 M. als Krankentunterstützung, 1881 M. als Unterstützung an Arbeitslose und 3670 M. als Sterbegeld ausbezahlt. Die Familien eingezogener Mitglieder erhielten aus der Hauptkasse 90 368 M. Daß auch die Lokallasse an solcher Leistung nicht zurückbleibt, hauptsächlich wenn es sich um die Unterstützung der Familien unserer zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder handelt, beweisen nachstehende Zahlen. Es wurden aus Mitteln der Lokallasse gewährt: an Volksgemeinschaften 250 M., an Kriegervfamilien 9731 M., an Witwen 816,60 M., zusammen 10 767,60 M.

Es sei nochmals ausdrücklich bemerkt, daß das keine finanziellen Unterstellungen sind, sondern freiwillige Aufwendungen aus Mitteln der Volkswirtschaft.

Die Durchführung einer Anzahl Lohnbewegungen, die Aufwendungen für Unterstellungen die Werbelast des Verbandes, soweit es sich um Neuaufnahmen handelt, sind jedenfalls der beste Beweis, daß der Verband nach 2 1/2 Kriegsjahren nicht lahmgelagt ist.

Einen Augenblick schien es, als ob uns der Friede besüßet sei. Die Hoffnung ist wieder zerstört. Wir wollen wünschen, daß wir den nächsten Jahresbericht im Zeichen des Friedens herausgeben können.

Zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes.

Erklärung des Kriegsamtes.

Das Kriegsamt teilt amtlich mit:

Von verschiedenen Stellen wird berichtet, daß in der Arbeiterschaft kriegswirtschaftlicher Betriebe sich neuerdings eine stärkere Neigung zur Abwanderung bemerkbar macht. Zwar wollen die Arbeiter nicht die Kriegswirtschaft überhaupt verlassen, um in andere Wirtschaftszweige überzugehen; vielmehr findet zumeist nur das Verlangen des Arbeitswechsels innerhalb der Kriegswirtschaft selbst statt.

Weshalb erstreben die Arbeiter den Arbeitswechsel? Weil sie an der neuen Stelle mehr zu verdienen hoffen; weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenziehen und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können; weil sie überhaupt aus der Fremde in die Heimat und die heimischen Verhältnisse zurückkehren möchten.

Werden diese Wünsche durchgehalten, so muß auf der andern Seite aber auch von den Arbeitnehmern erwartet werden, daß sie, sofern ihre Arbeitsbedingungen als gerecht und billig angesehen werden, nicht bloß deshalb auf die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses dringen, weil sie es anderwärts noch besser haben können.

Ein besonderes Wort muß den in der Kriegswirtschaft beschäftigten zurückgestellten Wehrpflichtigen, den sogenannten Reklamierten, gewidmet werden. Für sie gilt der Satz: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht, Gesetzesdienst vor Hilfsdienst. Sie sind von der Erfüllung der Wehrpflicht nach der Leistung des Gesetzesdienstes nur so lange entbunden, als ihre anderweitige Beschäftigung für das Vaterland noch wichtiger ist als der Dienst im Heere.

Die Arbeiter, und zwar sowohl die Reklamierten wie die übrigen, können freimachend sein, daß ihre kriegswirtschaftlichen Interessen gewahrt und geschützt werden, indem es im Interesse der Sache die Aufgabe der Zeit beengten Möglichkeiten liegt, sollte es trotzdem zu Wehrpflichtigen kommen, so werden sie nur dann, nicht sofort der Ableistung zu unterliegen, sondern zunächst die Reklamierung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder der Arbeitsstelle erwarten, die ihnen nicht verweigert werden wird.

Kundgebungen der Gewerkschaftsrichtungen an den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsamts.

Die nächste Ablehnung des deutschen Friedensangebots seitens der Entente hat den Parteimitgliedern der am 12. Dezember 1916 im Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsamts die Unzulässigkeit der von ihnen vertretenen Gewerkschaften zu betonen, an der Verwirklichung der Pläne der jeweiligen Mächte teilzunehmen zu lassen. Die beiden vom 16. Januar datierten Kundgebungen haben folgenden Wortlaut:

An den Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, Czölling, Berlin.

Em. Czölling haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verurteilt, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freiwillige Aufnahme der Bekanntgabe des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unsmühen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampfesfronten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkenne nicht, daß die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft.

Die Antwort der Entente befehlt jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volk zur äußersten Kraftentfaltung anregen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Unterveien durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der andern Nationen stehen.

Daher, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden. Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeiführenden Völker, die Verwüftung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte in dem Kampfe um die Existenz unseres Landes einzusetzen.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien.

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, A. Stegerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.), Gust. Hartmann.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Eisner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, Dr. Höfle.

Der Reichskanzler hat hierauf geantwortet:

Berlin, den 18. Januar 1917.

Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 16. d. M. vereinigt haben, danke ich von Herzen für die kraftvolle Kundgebung ihres entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in Ihrem Schreiben die Gesanten von Millionen unserer Volksgenossen Worte gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmer geschlagen, wenn der Feind sein Ziel erreichte. Mit jedem Tage erfüllt er schamloser die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen gehen. Keinem Grobster aber und mag er über alle Macht der Welt gebieten, ist es bestimmt, das deutsche Volk in ein Sklavennetz zu bergen. Einig im Kampfe für unsre Freiheit, die niemals fremdes Recht mißachtet hat, haben wir die neue Herausforderung angenommen. Daß in diesem schweren Kampfe die deutsche Arbeitergemeinschaft treu und fest zum Vaterlande steht, haben Sie in Ihrem Schreiben in erhebenden Worten ausgesprochen. Das ist mir eine hohe Bürgschaft für unsern endlichen Sieg und für eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen.

gez.: von Bethmann Hollweg."

An den Präsidenten des Kriegsamts Herrn Generalleutnant Gröner, Czölling, Berlin.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Em. Czölling haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeiter abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt.

Angesichts der rückwärtsgehenden Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist es uns sehr schmerzhaft, daß wir uns verpflichtet, Em. Czölling zu erklären, daß wir alles daran setzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien.

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, A. Stegerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.), Gust. Hartmann.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Eisner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, Dr. Höfle.

16. Januar 1917.

Generalleutnant Gröner hat darauf folgendes erwidert:

Berlin, den 17. Januar 1917.

Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Kundgebungen unserer Feinde.

Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen! Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen.

Groener."

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Blaue Karten.

Für den Monat Januar sind die blauen Karten bis zum 4. Februar einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich bis zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Die roten Wochenkarten und die grauen Monatskarten sind unglücklich und dürfen deshalb nicht mehr eingekandt werden.

Geschäftsberichte.

Die Zahlstellen, die gedruckte oder sonst verbielfältigte Geschäftsberichte herausgeben, werden dringend ersucht, dem Vorstand mindestens drei Exemplare des Berichts zu übermitteln. Auch ersuchen die Gauleiter alle in Betracht kommenden Zahlstellen um Zufendung eines Berichts.

Gebundene „Proletariat“.

Vom Jahrgang 1916 des „Proletariats“ werden wieder eine Anzahl Exemplare auf besseres Papier gedruckt. Diese können vom Vorstand zum Preise von 7 Mk. für ein gebundenes Exemplar bezogen werden. Bestellungen sind bald einzureichen.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Die Auswähler aller Unterstellungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstutzung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nie vergessen oder mit der alten verwechselt werden.

Die Auswähler der Bücher werden ersucht, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuangelegten Buches aufzuschreiben. Dadurch wird der Zahlstelle das Ordnen und Nachsuchen der Hauptstelle das Kontrollieren und Eintragen in die Kartei leichter erleichtert, bei Verlust einer Mitgliederliste ein Nachweis oft erst ermöglicht. Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazugehörigen Listen immer so schnell als möglich einzufenden.

- Vom 16. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Stadthagen 38,87, Uelzen 27,30, Hameln 73,42, Elmshorn 1556 68, Kolberg 400,—, Bielefeld 171,56, Wemder a. d. S. 137,20, Weimar 129,59, Guben 114,55, Müggeln b. Dr. 52,78, Friedrichshaf 43,42, Neustadt a. U. 41,92, Stadtobendorf 29,88, Hantscha 22,68, Zell 6,36, M.-Gladbach 4,90, Neufahrn 19,84, Freising 3,58, Eßling 645,56, Delmenhorst 600,—, Döbeln 470,26, Wolgast 285,77, Farchim 262 19, Nemet 258 26, Ludenwalde 183,48, Osterode a. S. 155,02, Rendsburg 145,27, Mustau 141,29, Fürstentum 122,09, Oberauwalde 116,85, Eckardshausen 96 61, Salzwedel 93,42, Oberberg i. d. M. 73,42, Borna (H. L.) 52,50, Bornhöved 51,78, Eßbau i. S. 40,33, Einbeck 27,89, Glogau 23,42, Dösch 19,48, Dehne 7,77, Cöpenberg i. d. Pf. 7,54, Zabitowo 3,03, Sonnenberg (S.-M.) 1865,39, Darmstadt 877,60, Pries 1155,21, Singen 366,93, Straubing 195,49, Wesel i. S. 178,74, Bromberg 159,42, Marienw. 131 50, Weizberg i. Schl. 113,22, Luckenwalde 29,—, Grimstadi a. M. 17,50, Kirchentun 14,07, Men a. C. 12,59, Niederjuchswen 8,85, Bremen 2292,79, Hannover 2108,49, Kolmar i. P. 141,58, Penig 82 42, Neustadt i. S. 51,91, Rahl a. M. 36,26, Raireuth 9,35, Wiegand 421,58, Lüneburg 412,53, Barmen 358,78, Kuppersteg 194,86, Pöbbeck 61,18, Hagen 27 07, Dortmund 2 53, Funt 14,—, Rathberg 6,—, Höggl a. M. 4176,31, Nibet 1710,05, Tilsit 332,92, Dömitz 212,09, Minden i. B. 259 41, Hülfen 36,45, Schw. 43,22, Rheinfelden i. B. 12,26, Mühlhausen 8,75, Bramsche —, 43.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Uelzen 2,35, Freising 1,—, Glogau 1,—, Ansbach 3,85, Neumünster 12,50, Hülfen —, 25.

Schlus: Montag, 22. Januar, mittags 12 Uhr.

Jr. Bruns, Kassierer.

- Die Abrechnung für das 4. Quartal 1916 haben eingekandt: Stadthagen, Uelzen, Nürnberg, Hameln, Radeburg, Regensburg, Köthen, Eckardshausen, Zell a. S., Döbeln, Neustadt a. M., Weimar, Rahl, Müggeln b. D., Holzminde, Guben, Anklam, Rendsburg, Borna b. U., Stadtkoblenz, Nordenham, Mücheln-Glabach, Bornhöved, Schwarza, Elbing, Lunzenau, Wolgast, Oberberg, Dösch, Zabitowo, Eckardshausen, Weizberg, Ludenwalde, Wiesbaden, Mustau, Penzig, Elmshorn, Eckardshausen, Einbeck, Osterode, Marienw., Friedrichshaf, Hantscha, W. a. U., Glogau, Finsterwalde, Freising, Neufahrn, Mierach, Elmshorn (H.), Schw. 1916, Wezel i. S., Reg. a. S., Regin a. S., Radeburg, Uelzen, Martredewitz, Weimar, Dehne, Men a. C., Elbe, Darmstadt, Greiffenberg i. Schl., Rastenburg, Bochum, Weizberg, Singen, Bromberg, Straubing, Hof-Juchswen, Kirchentun, Pries, Eßbau, Niederjuchswen, Höggl a. M., Göttingen, Rathenow, Ebstorf, Granzke, Nideseim, Detmold, Pöbbeck, Lübeck, Neustadt i. Schl., Altenburg S.-M., Mücheln, Rahl a. M., Hannover, Penig i. S., Barmen, Lemtorf, Witten, Dortmund, Hagen, Kuppersteg, Weizberg, Lüneburg, Bieb, Borby, Wiegand, Kolmar, Lüneburg, Penig, Dömitz, Bremen, Köln a. Rh., Schwiebus, Tilsit, Remwid, Offenbach, Bramsche, Walthausen, Mühlhausen i. B., Bremerhaven, Garzburg.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Anklam. Johann Bernotteit, Heiliggeiststraße 20.
Angsburg. 1. Bev. Joseph Schwertberger, Mauerberg C. 128.
Bremen. Emil Richter, Holzmarkt 21. Otto Müller, Seiden, Salztorstraße 119.
Effen. Karl Strube, Meißelstraße. Jof. Bimmermann, Effen W. Sybelstraße 76.
Regin. Wilhelm Berndt, Feldstraße 14.
Lehrte. Gustav Kerstan, Osterstraße 6. Ferd. Strupeit, Bachstraße 3.
Marienw. Bonrat eingezogen. Arbeitersekretär Michael Weiß, Dammsstraße 15.
Rendun. Knospe eingezogen. Otto Schilling, Soldiner Straße 16.
Schw. Reinhold Federich, Seestraße 10.
Straubing. Eugen Gombert, Rorbungasse 19.
Strelitz. Polenz eingezogen. August Korpeter, Schloßstraße 23, 1. Et.
Witten. Fran Horstmann, Annen, Bergstraße 4.
Worms. Friedrich Hoffmann, Neuhafen, Marktstraße 15.
Johann Gärtner, Worms, Kapuzinerstraße 30.
Zittau. Reinhold Helwig, Eckardshausenstraße 41. Fran Wälisch, Kollstraße 15, 3. Et.
Zwidau. Ernst Schmidt, Edmundstraße 10. Friedrich Kramer, Talstraße 10a.